

Lasst Euch die Kritik an frecher Globalisierung nicht von den Nationalisten klauen!

Vortrag 11.1.2019 Jahresempfang SPD Breisgau Hochschwarzwald

Hofgut Himmelreich

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Komischer Titel! Was soll das? Worum geht's?

Naja; bis vor 4 Jahren war die Globalisierungskritik eindeutig eine Sache des linken, des progressiven Lagers. Und heute? Da trötet Herr Trump gegen die Globalisierung, und mit ihm Herr Orbán, Herr Erdoğan, und Boris Johnson, und Herr Gauland. Dass sich auch Heiko Maas und Andrea Nahles zu Wort melden, viel vernünftiger, nimmt die Presse überhaupt nicht mehr wahr.

Und das Scheußliche ist, dass die neuen Rechten, die Nationalisten, punktuell Recht haben. Auch sie haben begriffen, dass da eine internationale Finanzelite das Steuer in der Hand hat und dass die „einfachen Leute“ da nicht recht mitkommen und sich betrogen fühlen.

David Goodhart¹ hat das weltweit, und vor allem in Europa und Amerika verbreitete Phänomen beschrieben. In „The Road to Somewhere“ unterscheidet er die einfachen Leute, die „Somewheres“ von den globalen Eliten, den „Anywheres“. Die Somewheres sind lokal verwurzelt und können global nicht recht mitspielen. Und die Anywheres sind auf Eliteschulen gegangen, wissen wie es in Silicon Valley oder Peking oder Dubai aussieht. Und sie sind die Gewinner, die einfachen Leute meist die Verlierer.

Die einfachen Leute machen vielleicht 50% des Volkes aus, die Eliten 20%, und dann gibt's noch 30% zwischendrin.

Früher waren die lokal verwurzelten Menschen mit Arbeit in den Betrieben, oder auch arbeitslos, hauptsächlich unsere Wählerinnen und Wähler. Heute ist die AfD ein Magnet für sie. Die schimpft und pöbelt gegen die Eliten. Und sie schimpft auf die Globalisierung. Am einfachsten: globale Flüchtlingsströme oder „die Chinesen klauen uns unsere Arbeitsplätze“.

Deren Antwort auf die Globalisierung heißt Nationalismus. Dümmer geht's nicht, denn die rein nationalen Strukturen sind ja in der Weltwirtschaft die Verlierer, nicht die Gewinner. Die USA und China sind vielleicht die einzigen Länder der Welt, die groß genug sind, dass sie sich den Nationalismus wirtschaftlich noch leisten können.

¹ David Goodhart. 2017. The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics is published by London: C Hurst & Co.

Wir im progressiven Lager müssen uns bessere Antworten einfallen lassen, Gewinnerantworten, aber solche, die unseren früheren Wählerstamm wieder mitreißen. Selbstverständlich gehört dazu auch eine anständige Sozialpolitik. Mindestlöhne, akzeptable Renten, Fortbildung, und jetzt Kindergrundsicherung, wie Andrea Nahles sie gestern vorgeschlagen hat. Das alles betreibt die SPD ohnehin, aber es hat uns nicht aus dem Umfragetief herausgeholt. Wir müssen besser verstehen lernen, wo eigentlich die Probleme liegen, die uns in diese verzweifelte Lage gebracht haben. Hierzu ein historischer Rückblick.

Zur Zeit von Willy Brandt und Helmut Schmidt waren wir fraglos eine von zwei Volksparteien, und zwar die progressive, in Sachen Bildung, Frieden, Gerechtigkeit und auch Umwelt. Das war alles vor dem Auftauchen der Sorte Globalisierung, von der wir heute gepeinigt werden.

Das Wort Globalisierung ist erst nach der weltpolitischen Wende von 1990 (Ende des Ost-West-Konflikts) in die Sprachen der Welt eingedrungen. Wieso?

Bis 1990 lag es total im Interesse des Kapitals, sich mit den demokratisch legitimierten Staaten gut zu stellen, denn diese hatten die (notfalls militärische) Kraft, als Bollwerk gegen die Ausbreitung des Kommunismus zu fungieren. Für das Kapital war der Kommunismus natürlich viel schlimmer als ein sozial progressiver demokratischer Staat. Auch wenn dieser eine steile Steuerprogression machte wie die USA in den 1950er Jahren mit Spitzensteuersätzen von 90%. (Das war ja eine Kampfansage gegen den Kommunismus. Es hieß: auch den Armen geht's in der Marktwirtschaft besser als im Kommunismus!)

1990 brach der Kommunismus zusammen. „Das Ende der Geschichte“ rief der amerikanische Autor Francis Fukuyama aus. Aber womit keiner ernstlich gerechnet hatte: jetzt wurde das Kapital auf einmal arrogant. Es benötigte den Staat nicht mehr als außenpolitische Sicherung. Und nun setzte sich weltweit der Neoliberalismus durch. Der behauptet, die Märkte seien sowieso viel findiger und besser als der Staat beim Aufspüren von Chancen, beim Erfinden von Innovationen, beim technischen Fortschritt. Wozu also noch Staat, vor allem Sozialstaat?

Das einzige leicht messbare Erfolgskriterium wurde die Kapitalrendite. Das Kapital fing an, die Länder gegeneinander auszuspielen: „Ihr müsst eben Eure Steuern senken und niedrige Löhne und billige Umweltregeln machen, - dann sind wir so gnädig und investieren bei Euch. Und wir bringen ja die Arbeitsplätze und den Wohlstand. Die Investoren saßen auf einmal auf einem ganz hohen Ross!

Es gab ein regelrechtes Abwärtskarussell, einen Steuerwettbewerb immer nach unten. Luxemburg, Irland, die Schweiz, die Niederlande und Großbritannien mit seinen Kanalinseln waren in Europa die Antreiber des Karussells. Weltweit die Bahamas, Singapur, Dubai, Panama, Hongkong, aber auch die USA (dort vor allem Delaware) und Japan.

Was aber noch schlimmer war als das Abwärtskarussell war die rasante Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung weltweit und die ständige Senkung des erforderlichen Eigenkapitals der Banken. Alles von Ökonomen erfunden, von der Wirtschaftslobby gefordert und von den Regierungen der Welt beschlossen. Wer nicht mitmachen wollte, war sofort der Verlierer. Es war Erpressung. Die Vorhut dieser Raserei waren übrigens immer die angelsächsischen Länder.

Das ist die heutige Welt der Globalisierung. Wer sich dagegen nicht auflehnt, dem fehlt das soziale Herz. Die Kritik an dem arroganten neuen Kapitalismus kam natürlicherweise von links. Sie bekam zumindest zeitweise den Charakter einer weltweiten Volksbewegung (Massenproteste bei WTO und Weltbanktagungen, „Blockupy“-Demos in Frankfurt, usw.). Die politisch rechts orientierten Parteien traten nach 1990 fast geschlossen für den Sieg des Kapitals ein. Die rechten Parteien scherten sich einen Dreck um die Somewheres. Ihre Führer waren allesamt Anywheres.

Aber dann kamen die Flüchtlinge. Die arabische Welt, weite Teile Afrikas, Afghanistan lagen am Boden. Wer jung war und arbeitsfähig, floh. Und die rasende Bevölkerungsvermehrung produzierte jede Menge Nachschub. Plötzlich änderte sich die politische Landschaft. Rechtsradikale Parteien schürten den Hass auf die Fremdlinge, und Millionen „einfache Leute“ gaben Applaus. Die rechtsradikalen Nationalisten feierten Wahlerfolge. Sozialdemokratische Parteien, die es schon nach Beginn der Globalisierung schwer hatten, verloren massenhaft Stimmen.

Die neuen Rechten wurden wie vorhin gesagt Magneten für die Somewheres. Sie steigerten sich hinein in den Hass auf die Eliten. Die Sozialdemokratie blutete aus. In Deutschland kann sie immerhin noch mitregieren. In Frankreich, England, Italien und selbst Österreich sind sie draußen, marginalisiert. Und ich sage zu Kevin Kühnert, dass auch die Oppositionsrolle den Umfrageprozenten in diesen Ländern gar nichts hilft.

Verglichen mit den genannten Ländern wird Deutschland exzellent regiert. Aber die Medien tun nichts lieber als ständig die Regierungskoalition zu schmähen. Die Kanzlerin und die SPD sind die Hauptadressaten dieser Schmähungen und folglich der politische Verlierer. (Am Rande eine sprachliche Bemerkung: Bitte sagt niemals Groko. Das ist eine Journalisten-Wortschöpfung mit ausschließlich negativer Wertung! Redet lieber über Arbeitsteilung in der Regierung, und beansprucht den progressiven Teil für uns!)

So, nun aber genug der Diagnose. Kommen wir zur Therapie.

Erstmal müssen wir (gern auch zusammen mit dem Koalitionspartner) klarmachen, dass die Antwort der AfD auf die Globalisierung strukturell töricht, ja kontraproduktiv ist. Wirtschaftsnationalismus schwächt praktisch jeden Staat, insbesondere diejenigen Staaten, deren Wirtschaftskraft durch hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit getragen ist. Und die einfachen Leute sind

zu allererst die Verlierer. Kurz: die AfD verrät ihre eigene Klientel auf das Übelste.

Dann aber müssen wir die Globalisierungskritik wieder zum zentralen Thema des links-progressiven Lagers machen. Aber bitte nicht auf Deutschland beschränkt, sondern in enger Kooperation mit Gleichgesinnten draußen. Mit Pedro Sánchez in Spanien, Nancy Pelosi in den USA, Frans Timmermans, dem fähigsten Kommissar in der EU-Kommission, Alexis Tsipras in Griechenland, Andrés Lopez Obrador in Mexiko.

Ferner muss die Sozialdemokratie die Umwelt wieder betonen. Im Dezemberheft der Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte“ haben zwei junge Genossen, Felix Schenuit und Lukas Daubner einen schönen Aufsatz gebracht mit dem Titel *Warum Rot auch Grün heißen muss*. Der erstaunliche Aufwärtstrend der Grünen kommt ja nicht von ungefähr. Und die Globalisierung à la Wallstreet macht ja systematisch die Umwelt und das Klima kaputt. Auch auf dem Auge ist die AfD ja erschreckend blind.

Fast am wichtigsten ist aber ein Konzept der Re-Regulierung der Finanzmärkte. Es darf einfach nicht sein, dass global die Gauner gewinnen und die Anständigen verlieren. Wir müssen eine Koalition bis weit in die Wirtschaft hinein zimmern, wo man sich darüber gemeinsam ärgert, dass räuberisches, asoziales und steuervermeidendes Verhalten wie bei Amazon und Uber und Google auf die Siegerstraße führt, während anständige Konzerne wie Otto, unter wahnsinnigem Druck stehen. Wenn ein paar CDUler und FDPler mit dabei sind, - wunderbar. Auch unsere Attraktivität für die Grünen und die Linken (und ihre derzeitigen Wähler) würde richtig zunehmen.

Wir müssen die Agenden von G20, WTO, Weltbank und OECD beeinflussen. Wir müssen mit Ökonomen wie Martin Hellwig über die Verbesserung des Eigenkapitals der Kreditinstitute reden und das ins politische Programm aufnehmen.

Wir müssen in der Friedens- und Außenpolitik Profil zeigen. Willy Brandt hat seine Mehrheiten nicht mit Sozialpolitik, sondern mit Friedenspolitik gewonnen. Dieser Tage hat Erhard Eppler Gernot Böhme und Sigmar Gabriel und ein paar andere zusammengetrommelt für eine Frieden 2.0 Gruppe. Da war Aufbruchstimmung drin, und die Kritik an den rabiaten Kapitalmärkten war mit dabei!

Es ist hier nicht der Ort, Details der Strategie auszubreiten. In Sachen Finanzmärkte, Klimapolitik, Agrarpolitik, Europa, Russland, USA, Digitalisierung, hätte ich und hätten viele von Euch einiges anzubieten.

Aber nicht beim Jahresempfang der SPD Breisgau Hochschwarzwald.

Ich danke Euch für Eure Geduld!

Und jetzt freut Euch alle auf ein gutes neues Jahr, das uns aus dem Tal der Tränen endlich wieder herausbringt. Wenn Ihr alle mitmacht!